



Eröffnungsgottesdienst der Bischofskonferenz in Fulda

KIRCHE

## Individuelle Entschädigung

Die katholische Kirche will ihre Missbrauchsoffer finanziell nicht durch eine pauschale Summe entschädigen, sondern individuell je nach Schwere des Falls. Diesen Vorschlag wollen die deutschen Bischöfe an diesem Donnerstag beim Runden Tisch „Sexueller Kindesmissbrauch“ einbringen. Dabei gehe es um Summen, „die der Schwere der Tat angemessen sind und die den Opfern wirklich helfen“, kündigt ein Vertreter der Bischofskonferenz an. Das könnten, wie es in ähnlichen Fällen auch von deutschen Gerichten entschieden worden sei, zwischen 5000 und 10000 Euro sein, jedoch nicht die von Opfervertretern pauschal geforderten 82373 Euro. Allerdings sollen Kosten für Therapien und andere Hilfsleistungen auch in größerem Umfang von der Kirche erbracht werden. Die höchste bisher bekanntgewordene Summe betrug 25000 Euro. Auch wenn die ersten Zahlungen noch in diesem Jahr erfolgen könnten, kritisiert Christine Bergmann (SPD), die vom Bund berufene „Unabhängige Beauftragte zur Aufarbeitung des sexuellen Missbrauchs“, die Haltung der Kirche als zu zögerlich: „Die Betroffenen wollen, dass Täter oder Institutionen für das Unrecht Verantwortung übernehmen. Die meisten, die sich bei uns melden, wollen eine finanzielle Entschädigung, weil sie durch das Missbrauchsgeschehen im beruflichen Leben oft nicht Fuß fassen konnten oder starke finanzielle Einbußen durch zum Teil langjährige Therapien hinnehmen mussten.“ Der Opfersprecher Matthias Katsch drängt darauf, dass es „kein bürokratisches Anerkennungsverfahren“ geben wird; außerdem sei es abwegig, wenn die Kirche mit der Opferentschädigung einen Klageverzicht verbinde: „Diese Koppelung darf es nicht geben.“

POLIZEI

## Personalengpässe wegen „Stuttgart 21“

Groß-Demonstrationen gegen das Bahnprojekt „Stuttgart 21“ führen bei der baden-württembergischen Polizei zu gefährlichen Personalengpässen außerhalb der Landeshauptstadt. „Die Demonstrationen sind eine ungeheure Belastung für die Beamten, die aus ganz Baden-Württemberg zusammengezogen

werden müssen“, erklärt Konrad Freiberg, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei. Durch den Dauereinsatz in Stuttgart werde „die Präsenz der Polizei in anderen Regionen des Flächenlandes erheblich reduziert“, warnt Freiberg, „das ist brandgefährlich“. Welche Risiken die ausgedünnte Personaldecke birgt, hat sich etwa bei dem Amoklauf in Lörrach am vorletzten Wochenende gezeigt, bei dem vier Menschen starben: Die Polizisten, die zuerst am Tatort eintrafen, waren ein Sachbearbeiter aus dem Innendienst, der aus Perso-

NIEDERSACHSEN

## Ex-Sprecher droht Klage

In der Affäre um angebliche illegale Wahlkampfhilfe für die CDU in Niedersachsen droht dem Kronzeugen eine Unterlassungsklage. Der inzwischen vom Dienst freigestellte Pressesprecher der Stadtwerke Wolfsburg, Maik Nahrstedt, hatte behauptet, auf Kosten des kommunalen Unternehmens während seiner Arbeitszeit für die CDU tätig gewesen zu sein. Unter anderem sei er 2002 im Landtagswahlkampf für den heutigen Bundespräsidenten Christian Wulff mit einem Dienstwagen durch Niedersachsen gefahren (SPIEGEL 38/2010). Mehrere Medien zitierten in dem Zusammenhang eine Äußerung Nahrstedts, er sei damals sogar von Mitarbeitern der CDU-Geschäftsstelle in Hannover auf das Stadtwerke-Auto angesprochen worden. Nun verlangen der damalige Generalsekretär Hartwig Fischer und der frühere Landesgeschäftsführer Thomas Etzmuß, dass Nahrstedt diese Äußerung zurücknimmt und eine Unterlassungserklärung abgibt. Fischer, der inzwischen Bundestagsabgeordneter ist, betont: „Von dem Dienstwagen wusste ich nichts. Ich glaube, mir war nicht einmal bewusst, wo Nahrstedt beschäftigt ist.“ Der Ex-Sprecher will die Erklärung aber nicht unterzeichnen und bot der Partei stattdessen an, sich künftig nicht mehr zum damaligen Wulff-Wahlkampf zu äußern. Für Etzmuß ist dagegen klar: „Was wahr ist, müssen Gerichte klären.“



Nahrstedt

MANFRED HENSEL / PICTURE ALLIANCE / DPA